

## Ereignis-Log 2/2011

### Events, Incidents und Problems der digitalen Gesellschaft

*Immer wieder gibt es Ereignisse, Verlautbarungen und Entscheidungen, die im Zusammenhang mit dem fortschreitenden Abbau von Bürgerrechten stehen. Wir dokumentieren hier einige davon. Die Aufzählung kann nicht vollständig sein; mit einigen besonders bedeutsamen Ereignissen wollen wir aber auf die weiterhin besorgniserregende Entwicklung hinweisen.*

#### Februar 2011

**25. Februar 2011:** Bundesdatenschutzbeauftragter Peter Schaar wirft der Energiewirtschaft vor, bei der Einführung intelligenter Stromzähler und SmartGrids die Sicherung der Privatsphäre vernachlässigt zu haben. Verschlüsselung sei erst nach Intervention der Datenschutzbehörden berücksichtigt worden (Quelle: Heise).

**25. Februar 2011:** Das umstrittene Gesetz zur Regelung von De-Mail wird mit den Stimmen der Regierungskoalition im Bundestag verabschiedet. DeMail wird unter anderem wegen fehlender Ende-zu-Ende-Verschlüsselung der Mails, der Verpflichtung zum regelmäßigen Lesen der E-Mails und den Kosten für die Nutzer kritisiert (Quelle: netzpolitik.org, Heise).

**25. Februar 2011:** Bei der ersten Lesung wird das geplante Gesetz zum Arbeitnehmerdatenschutz kritisiert. Es sei ein Rückschritt gegenüber der heutigen Rechtslage, so die Opposition. Kritisiert wird unter anderem, dass ein Abwägen zwischen dem Schutz der Arbeitnehmerrechte und betrieblichen Interessen möglich werde, anstatt die Grundrechte der Beschäftigten effektiv zu schützen. Massen-Screenings müssten untersagt, Videoüberwachung nur in engen Grenzen zugelassen und ein Verbandsklagerecht der Gewerkschaften und Betriebsräte eingeführt werden, so Kritiker (Quelle: Heise).

#### März 2011

**3. März 2011:** Gegen den mutmaßlichen Informanten von Wikileaks, Bradley Manning, ist in 22 weiteren Punkten Anklage erhoben worden. Darunter ist der Vorwurf des „Verrats an den Feind“, damit droht ihm als mögliche Höchststrafe der Tod. Manning wird unter anderem vorgeworfen, Wikileaks das Video, das einen tödlichen Hubschrauberangriff des US-Militärs zeigt, und ca. 150.000 Depeschen des US-Außenministeriums zugespielt zu haben. Menschenrechtsorganisationen kritisieren die „unmenschliche Behandlung“ von Manning (Quelle: netzpolitik.org, Heise).

**4. März 2011:** Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich fordert die rasche Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung. Das Instrument sei für die Bekämpfung des Terrorismus und schwerer Straftaten erforderlich. Das Bundesverfassungsgericht hatte die Umsetzung der Vorratsdatenspeicherung 2010 für verfassungswidrig erklärt (Quelle: Heise).

**4. März 2011:** Jahrelang sollen österreichische Beamte illegal Daten aus einer internen Datenbank an ein Unternehmen verkauft haben. Daten zu Forderungen sollen über eine Kreditauskunft

weitergeleitet worden sein. Die betroffene interne Justiz-Datenbank hätte allen Mitarbeitern offen gestanden; die Protokollierung der Zugriffe wurde vermutlich nicht überprüft (Quelle: Tagesanzeiger, Heise).

**7. März 2011:** Berichten zufolge soll Überwachungssoftware einer Münchner Firmengruppe an die ägyptische Staatssicherheit geliefert worden sein. Mit der Software lassen sich E-Mail und Skype überwachen; sie werde über einen Trojaner eingeschleust. Ein Programmierer, der an der Entwicklung von Trojanern gearbeitet hatte, nannte das Geschäft mit Überwachungssoftware einen „lukrativen Markt“, an dem sich viele Unternehmen beteiligen wollten (Quelle: ARD-Studio Kairo, Heise).

**9. März 2011:** Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger erklärt in einem Interview der ZEIT, die Regulierung von Unternehmen wie Facebook, die über nationale Grenzen agieren würden, sei nicht möglich. Die klassische Regulierung mit Verboten und Zerschlagungen von Unternehmen stoße schnell an ihre Grenzen. Der Staat sei aber nicht machtlos. Unternehmen mit Geschäftssitz in Deutschland müssten auch die deutschen Regelungen, beispielsweise des Datenschutzes, beachten (Quelle: Die Zeit, Heise).

**9. März 2011:** Die Kontrolle der Gesuche zur Abfrage von Überweisungsdaten über SWIFT sei nicht ausreichend, so das Kontrollgremium von Europol. Bei der Gewährleistung der Privatsphäre von EU-Bürgern gäbe es gravierende Mängel; eine Überprüfung habe „Anlass zu ernster Besorgnis über die Einhaltung der Grundsätze des Datenschutzes“ ergeben. Die Anträge seien genehmigt worden, obwohl sie nicht spezifisch genug gewesen seien; zusätzlich seien „mündliche Informationen“ mit ausschlaggebend gewesen. Bundesdatenschutzbeauftragter Peter Schaar sieht seine eigenen Befürchtungen durch den Bericht bestätigt (Quelle: Heise).

**11. März 2011:** Gegen die Sperrung von Webseiten ohne Richtervorbehalt hat der Verfassungsgerichtshof in Frankreich keine Einwände. Gegen die Sperrung, die im Gesetz zur Stärkung der inneren Sicherheit (Loppsi 2) vorgesehen ist, hatte die Opposition geklagt. Sie hatte dabei geltend gemacht, dass die Grundlage für eine weitergehende Zensur des Internet gelegt werde. Die Verfassungsrichter teilen diese Befürchtung nicht (Quelle: Heise).

**11. März 2011:** Erhebliche Bedenken haben Ausschüsse des Bundesrates gegen Pläne der EU-Kommission, Flugpassagierdaten zu sammeln und auszuwerten. Wahrung der Freiheitsrechte und Schutz der öffentlichen Sicherheit stünden nicht in angemessenem Gleichgewicht. Das Ziel der Fortentwicklung von Maßnahmen gegen Terrorismus und schwerer Kriminalität werde aber geteilt (Quelle: Heise).

**11. März 2011:** Nach Hinweisen des Chaos Computer Club hat die Bundesfinanzagentur ihren Web-Server vom Netz genommen. Es bestünden erhebliche Sicherheitsprobleme, so sei es nach Angaben des CCC für jeden Internetnutzer möglich gewesen, Angebote für Geldgeschäfte einzustellen und Angebote der Finanzagentur zu manipulieren. Ob es tatsächlich solche Manipulationen gegeben habe, sei unklar (Quelle: Chaos Computer Club, Heise).

**12. März 2011:** Nach der Entscheidung eines US-Gerichts muss der Microblogging-Dienst Twitter vertrauliche Informationen über Wikileaks-Helfer – darunter die isländische Parlamentsabgeordnete Birgitta Jonsdottir – an das Justizministerium herausgeben. Betroffen sind z. B. E-Mail-Adressen, Telefonnummern, Kreditkarteninformationen und IP-Adressen. Den Hinweis, die Herausgabe verletze das Recht auf Meinungsfreiheit und Privatsphäre, wies das Gericht zurück (Quelle: netzpolitik.org, Heise).

**15. März 2011:** Die Zahl der Beschwerden beim Bayerischen Landesamt für Datenschutzaufsicht ist zwischen 2006 und 2010 um 80% gestiegen. Thomas Kranig, der Leiter des Amtes, führt dies auf eine zunehmende Sensibilität der Bürger für die Sicherung der Privatsphäre zurück. An erster Stelle stehe der Umgang mit personenbezogenen Daten im Internet (Quelle: Heise).

**17. März 2011:** Datenschutzbeauftragte haben das Fehlen von Regelungen der Quellen-Telekommunikationsüberwachung (Quellen-TKÜ) auf Bundesebene moniert. Lediglich in einigen Bundesländern gebe es solche Regelungen. Die alleinige Entscheidung eines Gerichts ohne rechtliche Grundlage reiche nicht aus, so der bayerische Landesdatenschutzbeauftragte Thomas Petri. Derartige Maßnahmen stellten schwerwiegende Eingriffe in die Privatsphäre dar. Der Bundesdatenschutzbeauftragte Peter Schaar forderte eine Klärung, bei welchen Straftaten die Quellen-TKÜ eingesetzt werden dürfe (Quelle: Heise).

**24. März 2011:** Das FBI nimmt das „Next Generation Identification System“ und damit die weltgrößte Biometrie-Datenbank schrittweise in Betrieb. Es löst das bisherige Integrated Automated Fingerprint Identification System (IAFIS) ab und soll zunächst mit Fingerabdrücken befüllt werden. Später soll es auch Iris-Scans, Stimmproben, Abbildungen von Handabdrücken, Tätowierungen, Narben und Gesichtsformen enthalten. Allein in der FBI-Niederlassung in Clarksburg, Virginia werden täglich rund 168.000 Fingerabdrücke analysiert (Quelle: Heise).

**31. März 2011:** Die tschechischen Bestimmungen zur Vorratsdatenspeicherung, die eine zwölfmonatige Speicherung vorsehen, werden durch das dortige Verfassungsgericht als verfassungswidrig aufgehoben. Das Gericht sah Verstöße gegen das Grundrecht auf Privatheit und das informationelle Selbstbestimmungsrecht; zitiert wird auch das Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichts (Quelle: netzpolitik.org, Heise).

**31. März 2011:** Der Test der Nacktscanner am Hamburger Flughafen wird bis Ende Juli 2011 verlängert. Nach einer Mitteilung des Bundesinnenministeriums soll eine verbesserte Software getestet werden, die in Kürze geliefert wird. Die Software soll noch stärker vom Körper der gescannten Person abstrahieren. Bisher haben nach Angaben des Innenministeriums 480.000 Personen

den Scanner durchschritten; keine Angaben gab es zur Zahl der gefundenen Gegenstände (Quelle: Heise).

## April 2011

**1. April 2011:** In Bielefeld werden die Big Brother Awards 2011 verliehen. „Ausgezeichnet“ werden u. a. Apple, Facebook, Daimler und der niedersächsische Innenminister Schönemann (Quelle: BigBrotherAwards, Heise; siehe auch ab Seite 14 in diesem Heft).

**1. April 2011:** In Bonn hat unter Federführung des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) das Deutsche Cyber-Abwehrzentrum seine Arbeit aufgenommen. Weitere Beteiligte sind das Bundesamt für Verfassungsschutz und das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe. Das Zentrum ist Teil der Strategie der Bundesregierung zum Schutz vor Bedrohungen aus dem Internet (Quelle: Heise).

**5. April 2011:** Die Regierungskoalition kündigt an, endgültig auf das Zugängerschwerungsgesetz zur Sperrung von Internet-Seiten zu verzichten (Quelle: netzpolitik.org).

**7. April 2011:** Der wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestags stellt in einer Analyse fest, dass es keine Ausgestaltung der Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung gebe, die mit der EU-Charta der Grundrechte vereinbar sei. Es wurden auch keine nachweisbaren Anhaltspunkte dafür gefunden, dass die Vorratsdatenspeicherung Ermittler bei ihrer Arbeit unterstütze. In den meisten Ländern sei es zu keiner signifikanten Erhöhung der Aufklärungsquote gekommen. Zweck und Mittel stünden zumindest nicht in ausgewogenem Verhältnis. Der Vorsitzende der FDP-Arbeitsgruppe Recht, Marco Buschmann, der die Studie in Auftrag gegeben hat, folgert daraus, dass die Datenspeicherung zu Lasten der Freiheit gehe, ohne die Sicherheit zu erhöhen. Teilweise – auch in Deutschland – seien die Aufklärungsquoten sogar zurückgegangen (Quelle: Deutscher Bundestag, netzpolitik.org, Heise).

**12. April 2011:** Bei der US-Sicherheitsfirma Barracuda Networks wurden Kunden- und Mitarbeiterdaten bei einem Hackerangriff entwendet. Auszugsweise wurde die Daten veröffentlicht. Nach Angaben des Unternehmens war die Firewall zuvor wegen Wartungsarbeiten heruntergefahren worden (Quelle: Heise).

**14. April 2011:** In Österreich müssen Provider die Daten von Internetnutzern mit bestimmten IP-Adressen, die Aufschluss über ihre Identität geben, an Staatsanwälte herausgeben. Das hat ein strafrechtlicher Senat des Obersten Gerichtshofs entschieden (Quelle: Heise).

**16. April 2011:** Tausende Menschen demonstrieren in Ungarn gegen die geplante neue Verfassung. Der Verfassungstext, der von der Regierungspartei FIDESZ vorgelegt wird, sei in einem undurchsichtigen Verfahren ausgearbeitet worden, und er würde keinem Referendum unterworfen werden. Die FIDESZ verfügt alleine über die Zweidrittelmehrheit im Parlament, die für die Verabschiedung erforderlich ist (Quelle: Heise).

**19. April 2011:** Yahoo will künftig Nutzerdaten, die bei der Verwendung der Suchmaschine anfallen, 18 Monate speichern,

doppelt so lange, wie die Speicherung bei Google. Yahoo kommt damit den Bedürfnissen der Werbewirtschaft nach. Noch 2008 hatte Yahoo angekündigt, Nutzerdaten innerhalb von 90 Tagen zu löschen und damit damals für positive Schlagzeilen gesorgt (Quelle: Heise).

**20. April 2011:** Auf iPhones und iPads werden kontinuierlich Ortsdaten gespeichert. Mit der Mac-Software „iPhone-Tracker“ können diese gespeicherten iPhone-Aufenthaltsorte ausgelesen und dargestellt werden. Laut Apple handelt es sich bei der Speicherung um einen Programmierfehler, der seit der iOS-Version 4.0 in der Software enthalten ist. Apple wird für die Aufzeichnung heftig kritisiert; Betroffene erheben Klage gegen das Unternehmen Apple (Quelle: netzpolitik.org, Spiegel, Heise).

**20. April 2011:** Sony schaltet das Playstation-Network und das Qriocity-Angebot nach Angriffen ab. Bei den Angriffen zwischen dem 17. und 19. April wurden die Daten von zig Millionen Kunden gestohlen, darunter Name, Anschrift, Geburtsdatum, Log-In und Passwort. Auch der Zugriff auf Kreditkarteninformationen wird nicht ausgeschlossen. Später tauchen Teile der Sony-Kundendaten im Internet auf (Quelle: netzpolitik.org, Heise).

**21. April 2011:** Eine Klage vor dem britischen High Court gegen Internet-Sperren wird zurückgewiesen. Geklagt hatten die beiden größten Provider Großbritanniens. Sie kritisierten, dass das Gesetz in einem verkürzten Verfahren verabschiedet worden sei, keinen angemessenen Datenschutz gewährleiste und Provider für die Urheberrechtsverletzungen ihrer Nutzer haftbar mache (Quelle: Heise).

**25. April 2011:** Details über Verhöre der in Guantanamo internierten Häftlinge sind durch den Guardian, die New York Times und das National Public Radio veröffentlicht worden. Berichten zufolge geht daraus hervor, dass viele der Internierten psychisch krank, altersschwach oder unschuldig sind. US-Präsident Obama hatte bei seiner Wahl angekündigt, das Lager zu schließen, diese Ankündigung jedoch später zurückgezogen (Quelle: netzpolitik.org, Heise).

**27. April 2011:** Nach Berichten der Washington Times sind in Büros der ägyptischen Staatssicherheit Unterlagen zum Kauf von Spyware einer britischen Firma gefunden worden. Es handele sich um Software zum Eindringen in Gmail, Skype etc., die gegen ägyptische Aktivisten eingesetzt werden sollte (Quelle: Washington Times, netzpolitik.org).

**28. April 2011:** Österreichs Nationalrat beschließt mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP die Einführung der Vorratsdatenspeicherung (Quelle: Heise).

**28. April 2011:** Bewerbungsunterlagen der UN-Organisation UNESCO waren über Jahre für jeden einsehbar im Internet abrufbar. Die Dokumente enthielten Recherchen zufolge Informationen über den Bildungsweg, die bisherigen Arbeitgeber und zum Teil auch Angaben über Jahresgehälter. Betroffen waren

Bewerbungen um Praktikumsplätze und für reguläre Posten innerhalb der Organisation. Die Sicherheitslücken seien mittlerweile geschlossen. Laut dem Bericht von Spiegel Online waren womöglich Hunderttausende Bewerbungsunterlagen frei abrufbar, inklusive Anschreiben und Adressen (Quelle: netzpolitik.org, Spiegel, Heise).

## Mai 2011

**4. Mai 2011:** Der russische Internetdienstleister Yandex übergibt dem Geheimdienst FSB vertrauliche Kundendaten. Es handele sich dabei um Spendendaten an den Blogger Alexei Navalny, der eine Whistleblower-Seite betreibt (Quelle: Heise).

**4. Mai 2011:** Ralph Heydenbluth, Arzt und Informatiker, hat vor der Einführung der elektronischen Gesundheitskarte nach den neuen Konzepten gewarnt. Heydenbluth, der die Gesundheitskarte ausdrücklich befürwortet, sieht die Gefahr, dass der im Oktober startende Basis-Rollout der Karten den eigentlichen Zweck der Modernisierung sabotiert. Anstelle eines Systems, in dem der Patient Herr seiner Daten bleibe, werde ein System installiert, in dem Daten herrenlos im Internet abgefragt werden können (Quelle: Heise).

**5. Mai 2011:** Facebook, Google und Yahoo sprechen sich gegen die Festschreibung von Datenschutzvorgaben bei Web-Browsern aus. Es geht dabei insbesondere um eine Funktion, die die Auswertung von Klicks und Bewegungspfaden unmöglich macht. Firefox bietet diese Funktion an (Quelle: Heise).

**9. Mai 2011:** Der Stichtag der Volkszählung („Zensus“) 2011 ist am Montag, den 9. Mai 2011; damit beginnen die Befragungen der Bürger. Nach Angaben des Statistischen Bundesamts müsse kein Befragter Nachteile durch den Zensus befürchten. Kritiker bezeichnen die Volkszählung als umfassende Datensammlung über die Bürgerinnen und Bürger, die außerdem überflüssig sei. Dem Vorsitzenden der Zensuskommission wurde für die Volkszählung ein BigBrotherAward verliehen (Quelle: AK Zensus, Statistisches Bundesamt, BigBrotherAwards, Heise). (Vgl. auch den Beitrag von Werner Hülsmann auf Seite 17 in diesem Heft.)

**11. Mai 2011:** Durch einen Fehler wurden über Jahre hinweg Zugangsdaten zu Nutzerprofilen durch Facebook-Applikationen preisgegeben. Zugriffs-Tokens wurden in die URL eingefügt und damit in der Log-Datei des angesprochenen Servers erfasst. Wie viele Betreiber der Applikationen und Werbepartner den Fehler tatsächlich bemerkt haben, ist unklar (Quelle: netzpolitik.org, Spiegel, Heise).

**13. Mai 2011:** Facebook ist dabei aufgefliegen, die internationale Agentur Burson-Marsteller mit einer PR-Kampagne gegen Google beauftragt zu haben. Google sollen darin Datenschutzprobleme vorgeworfen werden. Facebook selbst ist wegen verbraucherunfreundlicher Datenschutzbestimmungen im Gerede (Quelle: netzpolitik.org, Spiegel).

**Stefan Hügel**

Stefan Hügel ist Vorsitzender des FIFF, arbeitet als IT-Berater und lebt in Frankfurt am Main.